



Sie alle wehrten sich vor dem Berner Rathaus gegen Sparmassnahmen, die **Angebote für Kinder betreffen**.

FRANZISKA SCHEIDEGGER

«Nicht an Kindern sparen»

Hunderte haben gestern vor dem Berner Rathaus **gegen die Sparpläne der Stadt demonstriert**

Rund 400 Eltern und Kindererzieherinnen haben gestern den Berner Stadtrat mit einem Pfeifkonzert empfangen. Ihr Protest richtete sich gegen die geplanten Sparmassnahmen.

PATRICIA GÖTTI

Zur Kundgebung aufgerufen hatte die Gewerkschaft VPOD, die damit ein Signal setzen wollte: Gestern war die letzte Sitzung des Stadtrats vor dem runden Tisch der Stadt

und der Parteienvertreter am kommenden Mittwoch zu den vom Gemeinderat geplanten Sparmassnahmen. Es war ein buntes Gemisch aus Müttern und Vätern mit ihren Kindern, Tagesschulbetreuerinnen und Ludothekbetreibern und Gewerkschaftern, die dem Rathausplatz versammelten – nach Veranstalterangaben mindestens 400 Personen. Die Ludothek Lorraine schenkte Sirup aus, zwischen den Beinen der Erwachsenen rannten Kinder herum und junge Leute hielten Transparente

in die Luft mit Aufschriften wie «Kleine Kinder – Kleine Finanzen?», «Sparen an Kindern ist immer Sparen am falschen Ort», rief Corinne Schärer, Gewerkschaftssekretärin des VPOD, den Kundgebungsteilnehmern zu. Die Sparmassnahmen der Stadt im Umfang von einer Million Franken seien «völlig unverständlich». Betroffen sind Kindertagesstätten (Kitas), Tagesschulen, Ludotheken, den Spielplatz Längmuur und Frühförderungsprogramme. «Damit trifft der Gemeinderat den Nerv seiner eigenen Entwicklungsstrategie hin

zu einer familienfreundlichen Stadt», sagte Schärer. Es sei widersprüchlich, dass Sozialdirektorin Edith Olibet einen Ausbau der Kinderbetreuungsangebote fordere, diese aber gleichzeitig beschneiden wolle, hiess es von anderen Rednerinnen und Rednern.

Mit Pfiffen und Buhrufen wurden die Parlamentarier empfangen, als sie nach ihrer Sitzung aus dem Rathaus kamen. In einer Resolution forderten die Teilnehmer, dass sämtliche Sparbestrebungen zurückgenommen würden, die Angebote für Kinder betreffen.

«Teure Übung für Persilschein»

Berner Stadtrat debattierte über den **Fall Maeder**

Die Personalpolitik der Berner Stadtschreiberin Irène Maeder wirft weiterhin hohe Wellen.

Gestern wurde im Stadtrat über den Fall debattiert.

PATRICIA GÖTTI

«Wer ist verantwortlich für die Malaise», wollte Philippe Müller (fdp) gestern in einer dringlichen Interpellation wissen. Unbescholtene Mitarbeiter seien wegen Depressionen aus der Stadtverwaltung ausgeschieden und hätten sich gemobbt gefühlt, und niemand habe das Verhalten der Stadtschreiberin hinterfragt.

Irène Maeder habe nun ihrerseits Mobbingvorwürfe gegenüber den Medien geäussert. «Ich weiss nicht, was an den gegenseitigen Vorwürfen stimmt, aber ich sehe, dass die linke Mehrheit in Parlament und Regierung ihnen nicht nachgegangen ist», sagte Müller. Die Untersuchung zu den Vorfällen in der Stadtkanzlei, die der Gemeinderat nun in Auftrag gegeben habe, sei «falsch konzipiert»: Sie beziehe sich nur auf die vergangenen zwei Jahre und werde von einem Juristen ohne Kompetenzen durchgeführt. «Das ist eine teure Übung mit dem Zweck, dem Stadtpräsidenten einen Persilschein auszustellen», monierte Müller.

«Der Wurm drin»

«In der Personalpolitik ist seit langem der Wurm drin», doppelte Mit-Interpellantin Dona Dolorea nach. Die Personalfuktuation bei hohen Beamten sei über Jahre ungewöhnlich hoch gewesen. «Peinlich» sei es, dass der Gemeinderat erst auf Druck der Medien gehandelt habe.

Unterstützung erhielten die Interpellanten im Rat von der SVP: Stadtpräsident Alexander Tschäppät habe seine Führungsverantwortung nicht wahrgenommen, sagte Fraktionspräsident Beat Schori.

Ratslinke gelassen

Die Ratslinke wollte diese Vorwürfe nicht gelten lassen. Die vom Gemeinderat beauftragte Untersuchung komme zum richtigen Zeitpunkt, sagte Conradin Conzetti (gfl) für die Budgetaufsichtskommission (BAK). «Ich bin froh, dass der Gemeinderat reagiert und nicht überreagiert», sagte er. Für die SP-Fraktion sagte Thomas Götting, die Regierung habe ihre Verantwortung sehr wohl wahrgenommen.

Hayoz verteidigt

Als Finanzdirektorin antwortete Gemeinderätin Barbara Hayoz (fdp) auf die Interpellation. Es gehe bei der Untersuchung der Vorkommnisse nicht darum, eine «Malaise» aufzudecken, sondern darum den Sachverhalt zu klären. Hayoz räumte ein, dass die Fluktuation beim Personal in den Jahren zwischen 2001 und 2005 überdurchschnittlich hoch gewesen sei. Dies habe aber auch mit der hohen Belastung zu tun, denen das Personal in der Präsidialdirektion ausgesetzt sei. Die Fluktuationen hätten Kosten von total 192 000 Franken verursacht. Diese hätten aber ohne Nachkredit über das Globalbudget verrechnet werden können. Dass der Gemeinderat auf anonyme Anschuldigungen eingehe und eine Untersuchung veranlasse, sei ungewöhnlich, sagte Hayoz. In diesem Fall habe er reagiert, weil die Vorwürfe sehr konkret und detailliert gewesen seien.

Wer klärt Arbeitsfähigkeit ab?

Der Gemeinderat muss die **Auslagerung** des Kompetenzzentrums Arbeit prüfen

Wer soll die Integration von Sozialhilfebezügern in den Arbeitsmarkt abklären? Der Berner Gemeinderat muss prüfen, ob dies auch Private können. Mit 37 zu 31 Stimmen hat der Stadtrat einen entsprechenden Vorstoss überwiesen.

BERNHARD OTT

«Teure Planwirtschaft im Sozialamt abbauen», lautet der Titel der dringlichen FDP-Motion, die gestern in Berner Stadtrat führte. Der freisinnige Ko-Fraktionschef Philippe Müller fordert darin die Auslagerung des Kompetenzzentrums Arbeit (KA) aus der Sozialdirektion. Das KA ist zuständig für die Integration von Sozialhilfeempfängern in den Arbeitsmarkt. Ende 2006 zählte die Behörde 94 Mitarbeitende, die sich rund 72 Vollstellen aufteilen.

«Mehr Aufwand, wenig Ertrag»

Für Müller arbeiten diese Leute ineffizient: Von 2003 bis 2006 habe sich der Personalbestand im KA verdoppelt. Gleichzeitig sei die Quote jener Sozialhilfebezügler, die wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden konnten, massiv zurückgegangen. Im Jahr 2000 fanden 49,9 Prozent der im KA betreuten Sozialhilfebezügler wieder eine Stelle. Fünf Jahre später waren es noch 35,8 Prozent.

Sozialdirektorin Edith Olibet (sp) stellte die Verdoppelung des Personalbestands nicht in Abrede. Sie hielt jedoch fest, dass lediglich acht

Prozent der Lohnkosten von der Stadt getragen werde. Die Motion missachte mithin die Rahmenbedingungen der KA-Arbeit. So sei ein Grossteil der Leistungen vom Kanton bestellt und auch bezahlt. Auch der «tatsächlich unerfreuliche Rückgang» der Integrationsquote in den Jahren 2000 bis 2005 wurde von Olibet nicht bestritten. Dies könne jedoch nicht dem Kompetenzzentrum Arbeit angelastet werden, da dieses erst seit Anfang 2005 existiere. Zudem stehe die Stadt Bern im Städtevergleich nicht schlecht da. Und im Jahr 2006 sei die Quote bereits wieder auf 40 Prozent gestiegen. «Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist eine sozialstaatliche Verpflichtung», erklärte Olibet. Zudem handle der Gemeinderat im Auftrag des Stadtrats, der einst Strategien zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit verlangt habe.

GFL als Zünglein an der Waage

«Damals hat der Rat aber nicht festgelegt, mit welchen Ressourcen die Jugendarbeitslosigkeit bekämpft werden soll», sagte Verena Furrer (gfl). Es sei «legitim», die Frage nach den Kosten der Massnahmen zu stellen. Als Fraktionssprecher von GFL/EVP wies Martin Trachsel darauf hin, dass die «Pionierphase» des KA abgeschlossen sei. Es sei auf den ersten Blick «bestechend», junge Erwachsene am «Herumhängen» zu hindern und ihre Chancen für eine Integration in den Arbeitsmarkt zu erhöhen. «Aber das KA ist ein Gemischtwarenladen, der finanziell undurchsichtig ist», sagte Trachsel. Er stellte in Aussicht, dass seine

Fraktion dem Vorstoss zustimmen könne, sofern er in ein unverbindlicheres Postulat umgewandelt werde. Trachsel's Votum schien zunächst unterzugehen. Die Sprecher von Rot-Grün und FDP/SVP schenken sich nichts. «Die Privatisierung stellt alle Erfolge des KA aufs Spiel», sagte Ruedi Keller (sp). Jugendliche, die über längere Zeit arbeitslos seien, kämen den Staat schliesslich teurer zu stehen als die Arbeitsintegration. «Im Kanton haben das sogar die Bürgerlichen begriffen», sagte Keller. Ueli Jaisli (svp) scheint mit diesen Bürgerlichen wenig am Hut zu haben. Er kritisierte die «falsche Zielstrategie» des KA. Es gehe nicht an, dass der Erfolg an der Zahl der Abklärungen gemessen werde. «Das Ziel muss doch die Integration der Sozialhilfebezügler in den Arbeitsmarkt sein», sagte Jaisli.

Olibet: «Ich wäre noch so froh»

Der Vorschlag der grünliberalen Fraktion sollte trotz rund andert-halbständigem Schlagabtausch nicht untergehen. Nachdem Philippe Müller seine Motion in ein Postulat umgewandelt hatte, stimmte der Rat dem Vorstoss mit 37 zu 31 Stimmen bei drei Enthaltungen zu. Der Gemeinderat muss nun einen Prüfungsbericht über die Vor- und Nachteile einer Auslagerung des Kompetenzzentrums Arbeit erstellen. «Unser Ziel ist nicht, die jungen Leute möglichst lange zu behalten», beteuerte Edith Olibet. «Ich wäre noch so froh, wenn wir eine Arbeitslosenquote von null Prozent und keine Sozialhilfebezügler mehr hätten», sagte Edith Olibet.

Studium über Pferde

Neuer Lehrgang in **Zollikofen** wegen Pferdeboom

An der Schweizerischen Hochschule für Landwirtschaft (SHL) in Zollikofen können ab Herbst Pferdewissenschaften studiert werden. Es ist das erste derartige Angebot in der Schweiz. Mit dem Studiengang reagiert die Hochschule auf die wachsende Nachfrage nach hoch qualifizierten Pferdeprofis, wie sie gestern mitteilte. Angeboten wird das Studium zusammen mit dem Schweizerischen Nationalgestüt in Avenches VD und der Pferdeklinik der Vetsuisse-Fakultät der Universität Bern.

Noch nie haben nach Angaben der SHL in der Schweiz so viele Pferde gelebt wie heute: Ihre Zahl habe sich in den letzten Jahren

mehr als verdoppelt und werde heute auf rund 85 000 geschätzt. Immer breitere Bevölkerungskreise schätzten die Aktivitäten mit Pferden als naturverbundene Freizeitbeschäftigung. Mit dem Pferdeboom sei auch der Bedarf an gut ausgebildeten Fachleuten gestiegen. Neben dem Veterinärstudium gab es bisher keine Möglichkeit, sich auf Hochschulstufe zum Pferdeprofi auszubilden.

Das Studium dauert sechs Semester. Es umfasst unter anderem die Geschichte der Pferdehaltung, Physiologie und Anatomie, Rassenkunde, Ernährung, medizinische Aspekte, Reproduktion, Ethologie, Sport und Training. (sda)

Parkplätze in Zollikofen sind weiterhin gratis

ZOLLIKOFEN Das Parlament will nichts wissen von Gebühren für öffentliche Parkplätze. Der Grosse Gemeinderat lehnte am Mittwochabend einen Vorstoss von Eva Baltensperger (sp) zur Erarbeitung eines Parkplatzreglements mit 22 zu 16 Stimmen ab. Baltensperger hatte die Bewirtschaftung auf sämtlichen öffentlichen Parkplätzen und Strassen, die sich im Eigentum der Gemeinde befinden, verlangt. Zollikofen habe seit dem Jahr 2000 ein Umweltkonzept, das ein Reglement vorsehe, um die Erhebung von Gebühren für öffentliche Parkplätze zu regeln. Gebühren seien wirksam, um das Verkehrsaufkommen zu reduzieren,

wodurch ein Beitrag zur Luftreinhaltung geleistet werde. Pendler nutzten das Gratisangebot von Parkplätzen in Zollikofen gerne, um dann mit dem öffentlichen Verkehr nach Bern zu fahren, heisst es weiter in der Begründung.

Die Mehrheit des Parlaments sah dies anders und war der Meinung, dass ein Reglement nicht nötig sei. Der Gemeinderat hatte sich bereit erklärt, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Zollikofen ist im bevölkerungs- und verkehrsreichen Raum Bern Nord ein Sonderfall. In allen umliegenden Gemeinden existiert ein Parkplatzreglement oder steht dessen Einführung kurz bevor. (wal)

KURZ

Blick ins Wasserkraftwerk AARBERG Im neuen Besucherzentrum des Wasserkraftwerks findet morgen Samstag von 10 bis 17 Uhr ein Tag der offenen Tür statt. (pd)

Olga Gilgen ist 90 **SCHWARZENBURG** Heute Freitag feiert Frau Olga Gilgen im Voremburg ihren 90. Geburtstag. (pd)

KORRIGENDUM

Fraktions-, nicht Vizechef ZOLLIKOFEN Die im «Bund» von gestern publizierte Berichterstattung aus dem Zollikofener Gemeindeparlament enthält zwei Fehler: Philipp Roth ist FDP-Fraktionspräsident, nicht FDP-Vizepräsident, und der als «FDP-Antrag» erwähnte Vorstoss für eine Kostenobergrenze war ein persönlicher, kein Fraktionsvorstoss. (srg)

REKLAME

Das Schlimmste am Einbruch ist das Gefühl danach.

Jetzt aktuell in unserer Ausstellung zu besichtigen!

Einbruchschutz

Titel:

www.einbruchschutz.ch